

Willfähige Erfüllungsgehilfen wählen? Ohne uns!

Unter dem Schlagwort "Senkung der Lohnnebenkosten" läuft seit Jahren die größte Umverteilungsaktion der Deutschen Geschichte. Belastet werden die Normalarbeitsverhältnisse, die Rentner, die Kranken und die Arbeitslosen. Entlastet werden die Arbeitgeber und Vermögensbesitzer.

Was hat es gebracht? Bei der Arbeitslosigkeit ist die fünf Millionen-Marke nur noch eine Frage der Zeit. Unternehmen senken die Löhne und streichen Stellen im großen Stil. Die Steuereinnahmen brechen weg. Entlassungen, Niedriglöhne und Minijobs erhöhen die Sozialabgaben bei den verbleibenden Normalverdienern.

Normalerweise würden die Parteien weiter ihrer Irrsinnlehre folgen und die nächste Runde im politischen Verarmungsprogramm einleiten. Aber jetzt ist erst einmal Pause, denn man will die Wähler nicht verschrecken. Vielmehr will man sich bei ihnen lieb Kind machen.

Vor den Wahlen dumme Sprüche, die sich teure Werbeagenturen ausgedacht haben, ansonsten nur Blabla. Nach den Wahlen haben die Parolen keine Bedeutung mehr. Dann greifen die Parteien wieder ohne jeden Skrupel in die Taschen der Ärmsten. Sie werden sich wieder gegenseitig bei dem Versuch übertrumpfen, es am gemeinsten zu treiben - man kann ja bei der nächsten Wahl wieder eine Werbeagentur beauftragen.

Auf die meisten ihrer Ideen kommen die überbezahlten Karrieristen in den Parteien gar nicht von alleine. Es sind vielmehr Forderungen von Wirtschaftsführern wie Dieter Hundt, Michael Rogowski und Konsorten. Was sie verlangen, ist nach einem halben Jahr Gesetz. Kleiner Beweis gefällig?



"Ab heute sollte es keine Rentenerhöhung mehr geben", sagte Marcus Schneider, der Vorsitzende des Bundesverbands Junger Unternehmer (BJU) am 05. August 2003. Seitdem gab es keine Rentenerhöhung mehr - im Gegenteil.

"Vor allem eine Arbeitszeitverlängerung ist ohne Alternative", sagte Michael Rogowski, der Chef des Bundesverbandes der Industrie (BDI) 25 September 2003.

Im April 2004 wurde im öffentlichen Dienst Bayerns die 42-Stunden-Woche eingeführt, andere Bundesländer folgten. Auch in der freien Wirtschaft sitzt man in den Startlöchern.

Die Wirtschaftsführer benehmen sich wie die Regierung persönlich - mit dem großen Unterschied, dass man sie nicht abwählen kann. Jede Partei erfüllt nahezu bedingungslos ihre Wünsche. Und da will man uns erzählen, wir hätten etwas zu entscheiden.

Deshalb gilt:

Schluss mit der Lüge, die Wähler hätten etwas zu entscheiden!

Wo es nichts auszuwählen gibt, da gibt es nichts zu wählen!

Wir wählen nicht mehr das geringste Übel - keine Stimme den Parteien!

Wir können uns nur noch selber wehren - gemeinsam und jeden Tag!

Alternativer Wahlzettel

Gebrauchsanweisung:

Diesen Zettel an Stelle des normalen Wahlzettels in den Wahlumschlag stecken. Mehrfachankreuzungen sind hier erwünscht.

Einfach bei jeder Aussage, der man zustimmt, ein Kreuz machen.

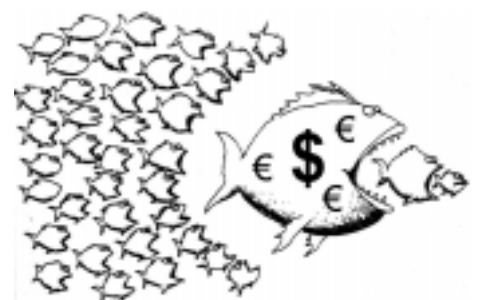
Warnung: Wenn man diesen Alternativen Wahlzettel zusammen mit dem offiziellen Wahlzettel in den Wahlumschlag steckt, dann kann die abgegebene Wählerstimme ungültig werden.

Aus diesen Gründen halte ich keine Partei für wählbar:

<input type="radio"/>	Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten.
<input type="radio"/>	Die wichtigen Entscheidungen werden nicht von Politikern, sondern von Wirtschaftsfunktionären gefällt. Daher sind politische Wahlen wertlos.
<input type="radio"/>	Für jeden Wahlberechtigten werden ca. 3,40 Euro aus Steuermitteln an die Parteien verteilt. Ich verlange hiermit, dass "meine" 3,40 Euro für sinnvollere Zwecke ausgegeben werden.
<input type="radio"/>	Alle Parteien arbeiten daran mit, die Menschen zu einsamen und egoistischen Leistungsmonstern umzuerziehen. Wer das nicht will, soll mit Armut bestraft werden. Ich bin damit nicht einverstanden.
<input type="radio"/>	Sobald sie an der Macht sind, machen alle Parteien Politik gegen Arbeitende, Arbeitslose, Rentner, Kranke, Ausländer, Kinder, Schüler, Lehrlinge, Studenten, Behinderte und andere Hilfsbedürftige.
<input type="radio"/>	Alle Parteien und Politiker, die den Weg zur Macht erfolgreich absolviert haben, empfinden sich als Eliten und verlieren den Kontakt zu den normalen Leuten.
<input type="radio"/>	Ich würde lieber Pinocchio wählen, als irgendeinen deutschen Politiker. Er hat von allen die kürzeste Nase.
<input type="radio"/>	(weitere Gründe) _____ _____

An die Wahlhelfer:

Bitte diesen und die anderen Alternativen Stimmzettel aufbewahren. Sie sind ein kostenfreier Beitrag zur Politikberatung und helfen, die riesigen Gehälter für McKinsey, Roland Berger und Konsorten einzusparen. Auf diese Weise kann die klamme Staatskasse geschont werden und es bleibt mehr Geld für die Leute übrig, die es wirklich brauchen.



Ja, "unsere" Parteien...

Im Wahlkampf geben sie sich stets wortgewaltig, machen Versprechungen und wollen immer unser Bestes. Nach jeden Wahlen heißt es dann: *Es war ja nicht so gemeint, man wusste ja nicht...* Manche WählerInnen behaupten übrigens dasselbe.

Einig sind sich die Parteien trotz allen Wahlkampfgetöses in ihrer Politik für die Reichen und gegen die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Stichwort: Sozialabbau.

Um die Nichtwahl-Entscheidung zu erleichtern, hier einige Zitate von PolitikerInnen der verschiedenen Parteien. Sie bieten bestimmt auch Stoff zu vergnüglichen Diskussionen mit den WahlkämpferInnen der Parteien.

SPD

Die ist so tot, töter geht es nicht.
Wirtschaftsminister Clement (SPD)
zur Vermögenssteuer am 16.06.2003

Was halten Sie von der Wiedereinführung der Vermögensteuer?
- "Das ist zurzeit nicht durchsetzbar, also braucht man nicht weiter darüber zu reden."

*Interview mit Klaus Wowereit (SPD),
Bürgermeister von Berlin am 12.05.03*

Die Vermögenssteuer ist für die SPD kein Thema. Das Geld holt man sich lieber bei denen, die schwere Arbeit leisten.

Mögliches Einsatzgebiet für die Bundeswehr ist die ganze Welt.
Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) am 14.01.2004

Der Zuwachs an Selbständigkeit in der Außenpolitik - an mehr Verantwortung und Eigenverantwortlichkeit, wenn Sie so wollen - muss materiell durch Reformen im Inneren unterlegt werden.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Spiegel im Januar 2004.

Im Klartext: Sozialdemontage, um weltweite Kampfeinsätze zu finanzieren. Will man uns bereits auf kriegsbedingte Hungerjahre vorbereiten?

Wir dürfen nicht mehr so früh in Rente gehen... Und wir müssen viel früher ins Arbeitsleben eintreten.
"Zum Renteneintrittsalter von 67 Jahren „werden wir gar keine andere Wahl haben“

Steinbrück (SPD), Ministerpräsident von NRW in der „Bild am Sonntag“ am 07.09.2003

Was kümmert mich mein Geschwätz von Gestern?

Leitspruch Konrad Adenauers (CDU), Kanzler der BRD von 1949 bis 1963

Schau, meine Mutter bekommt eine sehr geringe Rente. Sie hat nicht so große Probleme, weil ich ihr helfen kann.

Bundeskanzler Schröder (SPD) im ARD-Morgenmagazin vom 7. April 2004

Die Hilfe sei Mutter Schröder gegönnt. Aber wer hat schon einen Kanzler zum Sohn.

Muss die Steuerfreiheit von Zuschlägen auf Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit gestrichen werden?

Es ist auf jeden Fall notwendig, auch darüber zu diskutieren. Wenn sich die Arbeitswelt verändert, es also nicht mehr die klassischen Arbeitszeiten von neun Uhr morgens bis fünf Uhr nachmittags gibt, dann muss man auch fragen, ob die Arbeit nach 18 Uhr heute nicht anders bewertet werden muss als noch vor 20 Jahren.

Interview mit Klaus Wowereit (SPD), Bürgermeister von Berlin am 12.05.03



GRÜNE

Es ist die Frage, ob wir es schaffen, die Sanierungsaufgaben nicht den Rechten zu überlassen, sondern es selbst zu machen.

Außenminister Joschka Fischer (GRÜNE) am 20. Juni 2003

Wer den Erfolg der Agenda in Zweifel zieht oder blockiert, wird mit dazu beitragen, dass eine andere politische Konstellation das Regiment übernimmt.

Reinhard Bütikofer, Parteichef der GRÜNEN am 17. März 2003

So toll finden wir die GRÜNEN eigentlich nicht, dass wir uns lieber von ihnen beklauen lassen als von anderen.

Wir brauchen eine Green Card für Putzfrauen aus Osteuropa.

Kathrin Göring-Eckardt, Fraktionschefin der GRÜNEN, im „Tagesspiegel“ am 09.01.2004

Ja, ich glaube, dass wir das Renteneintrittsalter ab dem Jahr 2035 auf 67 Jahre heraufsetzen müssen. Das ist ein notwendiger Schritt, weil die Menschen dann auch drei Jahre länger leben.
Krista Sager (GRÜNE) in der Berliner Morgenpost am 02.11.03

In der Krise nimmt man Zumutungen hin, die man sonst niemals akzeptieren würde, damit der Job wieder sicher wird.

Joschka Fischer 2. Februar 2004

Wir wüssten gern: Mit welchen Zumutungen hat Herr Fischer seinen eigenen Job sicherer gemacht?

Am 01. Juni 2003 stimmen 90 Prozent der Delegierten auf dem SPD-Sonderparteitag in Berlin für die "Agenda 2010". Die GRÜNEN mahnen sofort vielstimmig (Krista Sager, Rezzo Schlauch, Antje Hermenau u.a.), dass die Agenda nur ein erster Schritt sein könne und noch viel mehr Kürzungen erforderlich seien. Auf dem eigenen Sonderparteitag am 15. Juni kommt man gleichfalls auf 90 Prozent der Delegierten für die "Agenda 2010".

Entgegen dem eigenen Wahlprogramm (!) begrüßen die Grünen jetzt die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zum "Arbeitslosengeld II".

CDU/CSU

Wenn schon der öffentliche Dienst auf eine Wochenarbeitszeit von 42 Stunden kommt, wird dies auch für andere Wirtschaftszweige nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Edmund Stoiber, CSU,
am 27. März 2004

Ein bis zwei Stunden Mehrarbeit pro Woche ist der verträglichste Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu erhöhen und gleichzeitig das Einkommen der Beschäftigten zu sichern.

CDU Generalsekretär Meyer der „Berliner Morgenpost (Sonntausgabe), 27.03.2004.

„Das ist das Modell der Zukunft“
Johannes Singhammer (CSU), Bundestagsabgeordneter am 31.10.03 zur 48-Stunden-Woche



Nach den Wahlen

Ich halte nichts davon, wenn 85-Jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen. (...) Früher sind die Leute auch auf Krücken gelaufen. Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass nicht jeder medizinische Fortschritt automatisch und auf Kosten der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden kann.

Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender der „Jungen Union“, am 3.8.2003

Was wird uns Herr Mißfelder erzählen, wenn er einmal selbst auf Krücken läuft?

Eine neue Regierung muss die Prioritäten richtig setzen. Zualtererst muss die Arbeitsmarkterfassung verändert, das Kartell der Tarifparteien gelockert werden.

Friedrich Merz (CDU) in der Berliner Zeitung, 10. Mai 2004

Was ist denn passiert? Es ist eine Praxisgebühr eingeführt worden von zehn Euro im Quartal. Macht 40 Euro jährlich, acht Schachteln Zigaretten. Wenn deswegen die Republik rebelliert, sind wir in der Tat nicht reformfähig.

Friedrich Merz (CDU) in der Berliner Zeitung, 10. Mai 2004

Einmal abgesehen davon, dass Herr Merz offenbar nicht zum Zahnarzt geht, horrenden Summen für Apotheken und Krankenhäuser vergisst, keine Notdienste in Anspruch nimmt und den aktuellen Zigarettenpreis nicht kennt: Was empfiehlt er eigentlich Nichtrauchern?

FDP

Viele Gewerkschaftsfunktionäre sind keine Vertreter, sondern Verräter der Arbeitnehmerschaft und der Arbeitslosen, weil sie die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft bekämpfen. (Sie müssten) durch betriebliche Bündnisse entmachtet werden

FDP-Chef Guido Westerwelle in der „Bild am Sonntag“ am 03.04.2004

Wenn sich 75 Prozent einer Belegschaft dafür entscheiden, künftig wieder 40 Stunden in der Woche zu arbeiten, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten, dann dürfe ihnen keine Gewerkschaftsführung einen Strich durch die Rechnung machen.

FDP-Chef Guido Westerwelle am 27.03.04

Zwei Stunden mehr Arbeitszeit pro Woche wären ein wichtiger Weg, um Arbeitsplätze zu sichern.

FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ am 28. Juli 2003

„Die Arbeitszeiten sollten angepasst werden - aber die des Westens an die des Ostens.“ Der klassische Acht-Stunden-Tag passe nicht mehr zur modernen Informationsgesellschaft und die 35-Stunden-Woche der alten Bundesrepublik auch nicht zur Globalisierung.“

FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper am 28. Juli 2003

Bei sinkenden Gehältern immer mehr schufte, dauernd mit der Angst im Nacken, sonst als Tagelöhner hinter befristeten Billigjobs herlaufen zu müssen, das ist die Zukunft á la FDP.

Wer das neue Arbeitslosengeld II bezieht, soll zu „sozialen Arbeiten“ zwangsverpflichtet werden. „Der Staat unterstützt manche arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger jahrelang. Da kann die Gemeinschaft auch eine Gegenleistung erwarten. Langzeitarbeitslose dürfen sich zum Putzen, Waschen oder Essenausfahren für alte oder kranke Mitbürger nicht zu schade sein.“

FDP-Vize-Chef Rainer Brüderle am 15. Februar 2004

Anstelle von gesicherten Arbeitsplätzen in der Pflege, sollen BezieherInnen von Arbeitslosengeld II für ein Trinkgeld kranke oder alte Menschen pflegen.

Wir über uns

Wir sind eine unabhängige Gruppe aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen will, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jeden, der/die uns bei unseren Aktivitäten unterstützt.

Kontakt: genug ist genug, Postfach 4143, 32025 Herford, V.i.S.d.P.: K. Gehrke
Tel.: 05221-389746, email: kontakt@genugistgenug.net, http://www.genugistgenug.net

